

Irland*

PATRICK KEATINGE

Da Irland 1984 zum dritten Mal die Präsidentschaft des Ministerrates übernahm, hätte man erwarten können, daß die europäische Integration in diesem Jahr im öffentlichen Leben eine zentrale Rolle einnehmen würde. Die hervorragende Bedeutung dieser Funktion für die Regierung eines kleinen Landes und das glückliche Zusammenfallen des Vorsitzes – wie im Jahr 1979 – mit den Wahlen zum Europäischen Parlament schienen ein hohes Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit, wenn nicht sogar an Zustimmung zu garantieren.

Tatsächlich haben sich diese Hoffnungen aber nur teilweise erfüllt und die Stimmung unter den irischen Europaparlamentariern war auffallend gedämpft¹. In gewissem Maße liegen die Gründe hierfür in den vorherrschenden ökonomischen Trends. Positiv kann vermerkt werden, daß die Inflationsrate gegen Ende des Jahres unter 7% fiel. Auch der Exportzuwachs war ermutigend, auch wenn dies zum Teil auf das Konto ausländischer Firmen ging, die kaum Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Situation Irlands haben. Aber der Gesamteindruck war doch negativ: Hoffnungen auf die Entdeckung signifikanter Ölvorkommen erfüllten sich nicht. Die Arbeitslosigkeit erreichte 17% und die Schließung langeingessener Unternehmen konnte immer noch schockieren. Im November zeigte die Liquidierung der Irish Shipping, der staatseigenen Hochsee-Handelsflotte, daß der bis dahin sichere öffentliche Sektor durchaus bedroht ist, denn anhaltende Notwendigkeit, die Last der Auslandsverschuldung zu verringern, schließt jedwede Großzügigkeit von seiten der Regierung aus.

Auch im politischen Bereich war 1984 ein schwieriges Jahr für die Regierung. Nordirland wurde ein übertriebenes Maß an politischer Aufmerksamkeit zugeteilt. Der Versuch des vergangenen Jahres, einen alle Parteien umfassenden Konsens zu schaffen, – das sogenannte New Ireland Forum –, wurde im neuen Jahr schleppend fortgesetzt und sein Abschlußbericht wurde erst im Mai veröffentlicht. Er geriet dann doch gleich in die parteipolitische Auseinandersetzung, während die Antwort der britischen Regierung lange auf sich warten ließ und dann, als sie endlich kam, reichlich gebieterisch klang. Die Ergebnisse des bilateralen irisch-britischen Gipfeltreffens im November wurden gemeinhin als eine Demütigung des Taoiseach (Premierminister) Dr. Garret FitzGerald

* Übersetzung aus dem Englischen von Dorothee Kempf, Institut für Europäische Politik, Bonn.

angesehen. Zu diesem Zeitpunkt hatte seine Fine-Gael-Labour Regierungskoalition bei Abstimmungen und Umfragen stets hinter der Fianne Fail Opposition rangiert, die von Charles Haughey geführt wurde. FitzGerald's persönlicher Vorsprung vor Haughey, einer seiner größten Wahlvorteile seiner Koalition, war auch geschwunden.

Das vitale Interesse in der Milchpolitik

Das Scheitern des Europäischen Rates in Athen garantierte eine ähnliche Tagesordnung für das nächste Treffen der zehn Regierungschefs am 19. und 20. März, und für Irland bestand kein Zweifel über den ersten Tagesordnungspunkt. Bis März hatte man über neun Monate lang die Sonderabgaben für Milch als eine Bedrohung der vitalen nationalen Interessen charakterisiert. Es bestand die fast einmütige Überzeugung, daß die Forderungen der Regierung nach einer Sonderbehandlung rechtens seien, die sich auf die Bedeutung und die alt bekannten Schwierigkeiten der Milchproduktion stützen. FitzGerald's Mandat für diesen Gipfel war daher unangenehm eindeutig.

Eine Meinungsumfrage, die am ersten Tag des Treffens veröffentlicht wurde, bestätigte den irischen Standpunkt in Bezug auf die Bedeutung der EG-Agrarpolitik: 63 % hielten sie für vorteilhaft, bei einem EG-Durchschnitt von nur 37 %. In anderen Fragen lag die irische Meinung stets unter dem EG-Durchschnitt. In der allgemeinen Frage nach der EG-Mitgliedschaft lag Irland mit 62 % der Stimmen dafür und 38 % der Stimmen dagegen zwar hinter den Gründerstaaten, aber deutlich vor Dänemark und Großbritannien².

Angesichts dieser ziemlich unsicheren Haltungen zur Mitgliedschaft und in Anbetracht der entschiedenen, unmißverständlichen Forderungen gegen die Milchsonderabgabe Widerstand zu leisten, ist es nicht überraschend, daß FitzGerald außerstande war, den Partnern entgegenzukommen. Was allerdings überraschte – geht man von FitzGerald's Ruf als ‚guter Europäer‘ aus – war die Art und Weise seiner Weigerung. Sein theatralischer Auszug am zweiten Tag des Treffens wird nur noch von Frau Thatchers Halsstarrigkeit in der Haushaltsfrage übertroffen, die vieles an jener Kritik ablenkte, die ansonsten möglicherweise an Irland geübt worden wäre. Bei dem Treffen des Agrar-Rates am 20. März sprach die Regierung formal ihr Veto aus, aber schon innerhalb einer Woche wurde dann ein Kompromiß erzielt: Irland erhielt die Erlaubnis, seine Milchproduktion um 4,6 % zu steigern, während die anderen Mitgliedstaaten ihre Produktion senken mußten.

Während die riskante Verhandlungsführung Irland einiges von seinem diplomatischen Kredit gekostet hat, bewertete der irische Bauernverband (Irish Farmers' Association) das Ergebnis – wie vorherzusehen war – als enttäuschend und die parlamentarische Opposition sah darin einen Beweis für die Schwäche der Regierung. Auf lange Sicht wesentlich ernster sind die Implikationen einer zu leicht akzeptierten Abhängigkeit der irischen Landwirtschaft von der EG-Agrarpolitik. Wenn das traditionelle System der mehr oder weniger automati-

schen Preisunterstützung permanent schwächer wird, dann muß die Gesamtstrategie der irischen Agrarpolitik revidiert werden³.

Die Europa-Wahlen

Wie schon bei den 1. Direktwahlen zum Europäischen Parlament wurde auch von den Wahlen 1984 ein Popularitätstest für die amtierende Regierung erwartet. Allerdings war der politische Zusammenhang diesmal ein anderer. Das Begehren über die EG-Mitgliedschaft war durch die Fragen der Sonderabgaben und durch die offensichtliche Hilflosigkeit der Europäischen Gemeinschaft angesichts von Arbeitslosigkeit und Inflation erschüttert. Hinzu kam, daß die Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen und das verstärkte Augenmerk auf die Sicherheit Europas die Frage nach der Neutralität Irlands aufwarf. Obwohl der Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments für die Europäische Union⁴ selbst in politischen Kreisen wenig Resonanz fand, wurde der Prozeß der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) von Gegnern der EG-Mitgliedschaft als eine Form „schleichenden Militarismus“ betrachtet. Eine der wichtigsten Organisationen der Friedensbewegung, die Irish Campaign for Nuclear Disarmament, hatte schon früher angekündigt, dagegen eine Kampagne zu eröffnen.

Diese europäischen Themen hatten dennoch wenig erkennbare Auswirkungen auf die sehr kurze und glanzlose Wahlkampagne. Zum Teil lag dies am Besuch des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan vom 1.–4. Juni. Nachdem dieser Besuch im Januar angekündigt worden war, wurde er schnell zu einem ‚cause celebre‘, an dem die moralische Grundlage der irischen Außenpolitik in den Massenmedien und in den größeren Parteien gründlichst untersucht wurde. Für den eigentlichen Europa-Wahlkampf blieben dann nur noch zehn Tage.

Das Ergebnis der Wahlen war sowohl für die Regierung als auch für das Europäische Parlament negativ. Die Labour Party mag 1979 mit vier von den insgesamt 15 irischen Sitzen überrepräsentiert gewesen sein, aber diesmal war sie überhaupt nicht vertreten, so daß Irland in der größten der Parlamentsfraktionen nicht direkt mitwirkt. Die größte Regierungspartei, die Fine Gael (European Peoples' Party) kam auf sechs Sitze, d.h. sie erhielt zwei Sitze mehr als bei den Wahlen 1979, aber allem Anschein nach auf Kosten einer Belastung der Koalition. Jedenfalls war Fianna Fail (European Democratic Alliance) mit acht Sitzen der eindeutige Gewinner (1979 entfielen auf sie nur fünf Sitze). Der ehemalige Vorsitzende des irischen Bauernverbandes, T.J. Maher, wurde als Unabhängiger wiedergewählt. Möglicherweise war jedoch das verhängnisvollste Einzelergebnis das in Nordirland, wo John Humes Sieg der gemäßigten Nationalisten über die Herausforderung von IRA-Anhängern den Druck der irischen auf die englische Regierung zugunsten einer Veränderung ihrer Nordirland-Politik deutlich abschwächte.

Aus der Sicht des Parlaments war das kritischste Ergebnis die Wahlbeteili-

gung. Mit nur 47,5 % Wahlbeteiligung in Irland war das Ergebnis entmutigend. 1979 lag die Wahlbeteiligung bei 63 % (allerdings bei parallel verlaufenden lokalen Wahlen), während das ursprüngliche Referendum zur Mitgliedschaft 1972 noch eine Wahlbeteiligung von 71 % erreichte, eine Zahl, die durchaus mit der Wahlbeteiligung bei nationalen Wahlen vergleichbar ist. Das Europäische Parlament verfügt in Irland offenbar sowohl als Institution an sich als auch als Symbol der Legitimität der Gemeinschaft als Ganzes nur über ein enttäuschendes Maß an Unterstützung.

Die schwierige Präsidentschaft

In Fontainebleau schien der Europäische Rat am 25.–26. Juni zumindest gegen die selbstverschuldeten Katastrophen anzukämpfen, die die Gemeinschaft in den 80er Jahren erlebt hat. Und wenn man Präsident Mitterrand Glauben schenken wollte, so versprach Fontainebleau ein Neuanfang des Integrationsprozesses zu werden. Zunächst wurde diese Einschätzung von den irischen Regierungssprechern geteilt, aber mit dem Beginn der Präsidentschaft löste sich die Euphorie schnell auf. Eine genaue Untersuchung der in Fontainebleau getroffenen Entscheidungen zeigte, daß die Aufgabe der Präsidentschaft weniger in der Durchführung einer gutdurchdachten Vereinbarung lag als in der Suche nach Mitteln und Wegen, diese Vereinbarung erst einmal funktionsfähig zu machen. In mindestens drei Punkten enthielt der Kelch, den die Franzosen an die Iren weitergeleitet hatten, wenn nicht Gift, so doch ein ziemlich essigsames Gebräu. Zum einen enthüllte die Entscheidung zum britischen Haushaltsproblem auch die Schwierigkeiten der Gemeinschaft in der Finanzierung der zu erwartenden Defizite von 1984 und 1985. Eine zweite Schwierigkeit lag in der Terminplanung für die Abschlußverhandlungen über die EG-Süderweiterung. Der damals anvisierte Termin für Ende Oktober schien kaum realistischer als der für Ende September. Ein dritter Unsicherheitsfaktor zeigte sich in bezug auf die Zuständigkeit und die Zusammensetzung des ad hoc-Komitees für institutionelle Fragen. Zusammen mit der Aufgabe, die Verhandlungen für das 3. Lomé-Abkommen zu Ende zu bringen und FitzGerald's Betonung, die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten in Richtung auf eine gesteuerte Ankurbelung zu koordinieren, wiesen all diese Probleme darauf hin, daß allein schon die Aufrechterhaltung der in Fontainebleau gesetzten Impulse eine beträchtliche Leistung darstellen würde.

Als die Regierung die Präsidentschaft übernahm, erhielt sie zunächst einmal einen willkommenen Auftrieb für ihre ‚Moral‘: Der Europäische Gerichtshof entschied im Fall der staatseigenen Ölraffinerien in Whitegate/Cork zu Gunsten der irischen Regierung⁵. 1982 hatte sie die Ölgesellschaften dazu verpflichtet, einen Teil ihres Ölbedarfs aus dem Ölvorrat in Whitegate abzudecken, der einzigen Raffinerie in Irland. Dies, so wurde argumentiert, erlaube Artikel 36 der Römischen Verträge, in Abweichung von Artikel 30. Sowohl die Ölgesellschaften als auch die Kommission fochten diese Politik an, wobei die Kommis-

sion auf einer engen Interpretation des Artikels 36 bestand. Die grundsätzliche Bedeutung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs liegt darin, daß der Gerichtshof den Begriff der „öffentlichen Sicherheit“ weiter auslegt, so daß besondere Abhängigkeiten einzelner Mitgliedstaaten berücksichtigt werden.

Die Frage nach einer Interims-Finanzierung des 1984er Haushalts war das erste öffentliche Problem für die irische Präsidentschaft. Bis zu dem Zeitpunkt, als FitzGerald seine Rede vor dem Europäischen Parlament hielt, war es weder den Haushaltsministern noch den Außenministern gelungen, die britische Regierung zu überreden, einen Nachtragshaushalt anzuerkennen. FitzGerald präsentierte die britische Position als einen Verstoß gegen die Fontainebleau-Vereinbarung und das Parlament unterstützte diesen Standpunkt, indem es gegen die Zurückzahlungen an Großbritannien stimmte. Noch schwieriger gestalteten sich die Verhandlungen über die EG-Süderweiterung. Als auch am 3. September die Außenminister keine gemeinsame Richtung einschlagen konnten, folgten am 7. September Presseberichte, denen zufolge der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher wissen ließ, daß er aufgrund der „unakzeptablen Verhandlungsverzögerungen verärgert“ wäre, was wiederum auf die Inkompetenz der Präsidentschaft zurückgeführt wurde. Diese Berichte wurden durch nachfolgende Erklärungen aus dem Bonner Außenministerium wieder abgeschwächt. „Verärgerung“ über Irland wurde zur „allgemeinen Sorge“. Aber in den irischen Massenmedien wurde diese Situation doch in noch dramatischerer Form dargestellt⁶. Als der Ministerrat am 11. September in Dublin tagte, gab es keinerlei Anzeichen für Spannungen zwischen Bonn und der Präsidentschaft und die Regierung behauptete, daß der geplante Termin für die Mitgliedschaft Spaniens und Portugals eingehalten werden würde, dennoch wurden alle strittigen Punkte zwischen einzelnen Mitgliedstaaten, wie z.B. die Problembereiche Olivenöl, Wein und Fischerei, an die jeweiligen Ministerien zurückgeleitet.

Zur gleichen Zeit, als die Unhaltbarkeit des Erweiterungstermins absehbar wurde, zeigte sich ein drittes Problem für die Präsidentschaft. Dies mag auch ein zusätzlicher Faktor für die offenkundige Irritation Bonns gewesen sein. Anfang September wurde berichtet, Bundeskanzler Kohl sei beunruhigt über die Zusammensetzung des in Fontainebleau eingesetzten ad hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen, weil die Komiteemitglieder, die persönlichen Beauftragten des Regierungschefs, keinen ausreichenden Status besäßen⁷. FitzGerald hatte Senator J. Dooge gewählt, den Außenminister von 1981–1982 und seit langem einer seiner engsten politischen Berater. Da die Gründung dieses Ausschusses der Präsidentschaft vorbehalten war, wurde Senator Dooge zum Vorsitzenden ernannt. Beschwerden darüber, daß diese Aufgaben einer Persönlichkeit anvertraut wurden, die nach europäischen Maßstäben relativ unbekannt ist, kamen nicht nur aus Bonn und Dooge übernahm seine Rolle unter recht ungünstigen Umständen.

Deshalb schien die Präsidentschaft gegen Ende September nur geringe Fortschritte zu machen. Allerdings waren schon wesentlich positivere Nachrichten

zur Haushaltsfrage vernehmbar. Maßnahmen zur Haushaltsdisziplin erschienen Mitte September in Umrissen und sie wurden am 12. November schließlich verabschiedet. Dies löste ‚die Rückstände des britischen Problems‘ und das 84er Defizit weitgehend durch die Auferlegung einer Begrenzung der landwirtschaftlichen Ausgaben, ohne jedoch die Finanzprobleme des Jahres 1985 in Angriff zu nehmen. Wie vorherzusehen war, zogen die landwirtschaftlichen Implikationen dieses Verhandlungspakts innenpolitisch die Kritik der Fiance Fail-Opposition nach sich und auf Gemeinschaftsebene wies das Europäische Parlament den Haushaltsentwurf für 1985 entschieden zurück, weil sein Finanzrahmen nur bis Oktober 1985 reiche. Die Präsidentschaft besaß aber keinen Spielraum, um das Parlament zu besänftigen und mußte – wie schon 1979 – erneut eine Niederlage in Haushaltsfragen auf sich nehmen.

Die Abschlußverhandlungen mit den AKP-Staaten über das dritte Lomé-Abkommen wurden ebenfalls hinausgezögert und erschienen ergebnislos, als die AKP-Delegierten am 12. Oktober die Angebote der Gemeinschaft zur Finanzhilfe ablehnten. Kurz nach dieser ‚Sackgasse‘ lenkte die verspätete Entdeckung der Hungerkatastrophe in Äthiopien die Aufmerksamkeit der Gemeinschaft auf ihre Beziehungen zur Dritten Welt. Wie auch in anderen Mitgliedstaaten reagierte die Öffentlichkeit relativ dramatisch auf diese Nachrichten. Sowohl FitzGerald als auch der Staatssekretär im Außenministerium, O’Keefe, versuchten mit beträchtlichen Anstrengungen, eine Antwort der Gemeinschaft voranzutreiben und zu koordinieren; ein Versuch, der in der Verpflichtung des Europäischen Rats gipfelte, die Lebensmittelhilfe substantiell zu steigern. Ein inzwischen verbessertes Angebot an die AKP-Staaten führte dann dazu, daß das dritte Lomé-Abkommen – wie geplant – am 8. Dezember von Außenminister Barry unterzeichnet wurde.

Das Hauptproblem blieb die Erweiterung. Im September hatte FitzGerald detaillierte bilaterale Gespräche mit seinen spanischen und portugiesischen Kollegen, aber selbst optimistische Pressekonferenzen konnten die Tatsache nicht verhehlen, daß das wesentliche Problem innerhalb der bestehenden Gemeinschaft lag. Irlands unangenehmste Konfrontation mit den ‚Iberern‘ kam, als ein spanischer Trawler am 19. Oktober sank, nachdem er von einem Boot der irischen Fischereischutzpolizei unter Beschuß genommen worden war – ein Vorfall, der nachfolgend von beiden Seiten heruntergespielt wurde.

Auf der anderen Seite gelang es dem Ministerrat nicht, Verhandlungsschritte in der Fischerei noch im Bereich des Weins zu erzielen. In der Woche vor dem Europäischen Rat hielt FitzGerald es sogar für notwendig, persönlich mit seinen Amtskollegen in Paris und Rom zu konferieren. Als sich die Regierungschefs am 3. Dezember in Dublin trafen, kritisierten ausländische Journalisten die irische Regierung wegen ihrer Handhabung der Präsidentschaft. Die ‚Sunday Times‘ attestierte dem Außenminister eine „armselige Präsidentschaft“⁸, und die ‚International Herald Tribune‘ meinte sogar, daß FitzGerald seiner Aufgabe nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt habe⁹. Immerhin

gab es in beiden Fragen in Dublin dann doch Annäherungen, so daß die Verhandlungen mit Spanien und Portugal weitergehen konnten. Als größtes Hindernis erwies sich dann Papandreous schon in Dublin angedeuteter Vorbehalt gegen die Erweiterung, wenn nicht gleichzeitig ein finanzstarkes Mittelmeerprogramm beschlossen würde.

Außen- und Sicherheitspolitik und Europäische Union

Im Bereich der außenpolitischen Zusammenarbeit war 1984 für die irische Präsidentschaft eher Routinearbeit zu verrichten, wie dies auch aus der Rede, die Barry als Vertreter der Zehn vor der UN-Generalversammlung am 25. Oktober hielt, hervorgeht. Die beiden Höhepunkte waren die Gespräche der Zehn mit den zentralamerikanischen Staaten und der sogenannten Contadora-Gruppe in Costa Rica am 28.–29. September sowie das 5. EG-ASEAN-Treffen der Außenminister am 15. November in Dublin. In keiner der Regionen hat Irland weitreichende Interessen oder diplomatische Vertretungen. Allerdings stößt die Mittelamerikapolitik der Vereinigten Staaten in Irland auf anhaltende Kritik, auch hatte die Verhaftung eines irischen Priesters auf den Philippinen Betroffenheit hervorgerufen.

Die außenpolitische Zusammenarbeit der Zehn stieß in Irland zunächst ebensowenig auf öffentliches Interesse wie der Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments zur Gründung einer Europäischen Union¹⁰, an dessen Formulierung kein irischer Parlamentsabgeordneter mitwirkte. Premier FitzGerald deutete in seiner EP-Rede die Vorbehalte der irischen Regierung gegen die sicherheitspolitische Kompetenz dieser Union an und auch Senator Dooge äußerte sich im Zwischenbericht des ad hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen¹¹ zum Kapitel „Sicherheit und Verteidigung“ äußerst restriktiv. Schließlich spiegelte eine Meinungsumfrage zum ersten Mal die Popularität der irischen Neutralität wider. Für den Fall eines weltweiten Konflikts entschieden sich 77 % für eine Neutralität Irlands. Hingegen stimmten 84 % für eine Vermittlerrolle Irlands in Friedenszeiten¹². In dem folgenden Monat baute die größte Oppositionspartei, die Fiance Fail, ihren Wahlkampf auf Haugheys Versprechen auf, „sie wollte niemals Mitglied einer militärischen Allianz werden“¹³. Zwischen dieser Erklärung einer – de facto – permanenten Neutralität und den Forderungen aller irischen Regierungen nach 1961 besteht offensichtlich ein himmelweiter Unterschied. Auf diesem Hintergrund ist es zu verstehen, daß die Reaktivierung der WEU in diesem Jahr für die Regierung eine Atempause bedeutete, denn sie hatte darauf gehofft, die Wahl zwischen einer zwiespältigen Neutralität und einer Vertiefung des Integrationsprozesses vermeiden zu können.

Die Verpflichtung des Europäischen Rats in Dublin, den Abschlußbericht des Dooge-Komitees im Sommer 1985 zu prüfen, fiel mit den ersten Anzeichen zusammen, daß das irische Parlament dem EP-Vertragsentwurf doch noch seine Aufmerksamkeit schenken werde. Dies läßt darauf hoffen, daß fun-

damentale Fragen der Europäischen Integration 1985 nicht allesamt ignoriert werden. Ob diese Fragen aber hinsichtlich ihres politischen Gesamtkontextes erörtert werden, daß scheint unwahrscheinlich. – Im politischen und administrativen System Irlands sind umfassende Strategie-Debatten bisher jedenfalls unbekannt¹⁴.

Anmerkungen

- 1 Zu früheren irischen Präsidentschaften vgl. Marian O'Leary, Ireland and its EC membership, in: Colm O Nuallain, The Presidency of the European Council of Ministers, London 1985, S. 139–160.
- 2 Die irische Umfrage, die am 19.3.1984 in der „Irish Times“ veröffentlicht wurde, leitete das „Market Research Bureau of Ireland“.
- 3 Vgl. Alan Matthews, The opinions for further ECC integration – an Irish view, vorgetragen am 30.5.1984 bei der „Statistical and Social Inquiry Society of Oreland“.
- 4 Abgedruckt als Dokument Nr. 1 in diesem Band.
- 5 EuGH, Rs 72/83 Campus Oil Ltd. vs. the Minister for Industry and Energy.
- 6 Vgl. z.B. „Irish fury over German dirty tricks campaign“, in: The Sunday Tribune v. 9. September 1984.
- 7 Siehe ergänzend dazu Heinz Kramer, Die Bundesrepublik Deutschland, in diesem Band.
- 8 The Sunday Times v. 2. Dezember 1984.
- 9 The International Herald Tribune v. 3. Dezember 1984.
- 10 Vgl. Dokument Nr. 1 in diesem Band.
- 11 Abgedruckt im Europa-Archiv, Bonn 1985, Folge 4, S. D96–104.
- 12 Umfrage der IMS, veröffentlicht in Irish Independent v. 8.5.1984
- 13 Fianna Fail-Anzeige in The Irish Times v. 9.6.1984.
- 14 Vgl. Joseph Lee, Reflections on Ireland in the EEC, Dublin 1984.

Weiterführende Literatur

- Coombes, David (Hrsg.), Ireland and the European Communities. Ten years of membership, Dublin: Gill and MacMillan 1983.
- Huber, Christian H., Irische Parteien und die Europäische Gemeinschaft. Aus der Isolierung zur Partnerschaft, Bonn: Europa Union Verlag 1983.
- Lee, Joseph, Reflections on Ireland in the EEC, Dublin: Gill and MacMillan 1984.